

Droht eine Periode der Unstabilität?

Vor neuer Weichenstellung in Frankreich

Am 16. März wird mit der Wahl der neuen Nationalversammlung, der ersten und maßgebenden Kammer des Parlaments, ein bisher einzigartiges Kapitel des republikanischen Frankreich abgeschlossen. Zum erstenmal ist eine Linksbregierung fast fünf Jahre an der Macht geblieben, getragen von einer sozialistischen Partei, die über die absolute Mehrheit verfügte. Alle anderen politischen Experimente der Linken scheiterten nach höchstens zwei Jahren. Diesmal besaßen die Sozialisten die Macht und die Zeit, um zu verwirklichen, was ihnen vorschwebte. Unser Pariser Mitarbeiter, Alfred Frisch, meint jedoch, wie auch immer die Wahl ausgehen werde, die Fortführung oder Wiederholung auch dieses Experiments liege außer Reichweite.

Die absolute Mehrheit bei den letzten Wahlen verdankten die Sozialisten dem Mehrheitswahlrecht und dem Bündnis mit den Kommunisten. 1981 erhielten sie 37,51% der abgegebenen Stimmen und die Kommunisten 16,17%. In der Stichwahl trat die Linke geschlossen mit einem einzigen Kandidaten auf. Trotz des Bruchs mit den Kommunisten führte Präsident Mitterrand inzwischen das Verhältniswahlrecht ein. Allein dadurch verliert die Partei eine beachtliche Zahl von Mandaten, denn es gibt keine Stichwahl mehr, und die kommunistischen Wähler unterliegen keiner Solidaritätspflicht mehr gegenüber der stärksten Linkspartei.

Vor den nächsten Parlamentswahlen

Theoretisch wäre natürlich eine Wiederholung des Ergebnisses von 1981 denkbar. Dann würde die Linke über 50% der Stimmen erhalten. An ein derartiges Wunder glaubt jedoch kein einziger Beobachter. Außerdem ist zwischen Sozialisten und Kommunisten eine tiefe Kluft entstanden, die zwar die Anhänger der beiden Parteien nicht unbedingt an einer irgendwie gearteten politischen Kooperation hindern würde, jedoch eine Koalition der mit völlig anderen Programmen und teilweise in einer haßerfüllten Atmosphäre gewählten Abgeordneten höchst unwahrscheinlich werden läßt.

Realistisch sind nur zwei Varianten zu erwarten. In der ersten erhalten die beiden großen Oppositionsparteien RPR und UDF, die in über der Hälfte der jeweils einen Wahlkreis bildenden Départements mit Einheitslisten auftreten, die absolute Mehrheit der Mandate. In der zweiten Variante verfügt die jetzige Opposition nur zusammen mit der rechtsextremen Nationalen Front über die absolute Mehrheit. Da die beiden großen Parteien klar und deutlich erklärt haben, daß sie jede Zusammenarbeit mit der Nationalen Front ablehnen, entstünde dann eine innenpolitisch labile Lage. Deren Klärung hängt vom Kräfteverhältnis der einzelnen politischen Gruppierungen ab. In der unwahrscheinlichen Hypo-

these einer weiterhin starken sozialistischen Partei mit einem Stimmanteil von über 30% wäre es denkbar, daß jene mit den mehr oder weniger links orientierten oder fortschrittlichen Kräften der Opposition zusammenarbeitet, um mit einer zweifellos gemäßigten Politik die Regierungsgeschäfte weiterzuführen. Fehlt der jetzigen Opposition lediglich eine kleine Zahl von Mandaten, bieten sich ihr mehrere Lösungen an: Die erste wäre eine Minderheitsregierung, die damit rechnet, daß ihr die Nationale Front keine größeren Schwierigkeiten bereitet, weil sie sich weder einer Wirtschafts- und Sozialpolitik noch einer Außenpolitik zu widersetzen vermag, die weitgehend ihren eigenen entspricht.

Die Meinungsverschiedenheiten betreffen die *Sicherheits- und Einwandererpolitik*. Im Falle einer radikalen Rechts-offensive vermag in diesen Fällen eine einigermaßen vernünftige liberal-konservative Regierung mit der Unterstützung des gemäßigten Teils der kommenden Opposition zu rechnen.

Die zweite Lösung bestünde in der *Zusammenarbeit mit den linken Radikalsozialisten*, einem Partner der Sozialisten, die mit einigen Abgeordneten zurückkommen dürften und durch einige unabhängige linksstehende Parlamentarier ergänzt werden könnten. Als weitere Alternative käme wohl erst nach einer Übergangsphase von mehreren Monaten eine Koalition mit dem rechten Flügel der Sozialisten in Frage. Sie würde sich voraussichtlich mit einer Spaltung der sozialistischen Partei verbinden. Wenn auch jene augenblicklich nichts unterläßt, um ihre internen Spannungen zu überbrücken, meistens mit allerseits unbefriedigenden Kompromissen, um geschlossen in den Wahlkampf zu ziehen, unterschätzt doch in ihren Reihen niemand die Tragweite der bestehenden Meinungsverschiedenheiten noch die Gefahr einer Spaltung nach der Wahl.

Mitterrands Möglichkeiten

Wie dem auch sei, der von der vereinten Linken mit den Stimmen der Kommunisten 1981 gewählte Präsident François Mitterrand bleibt normalerweise bis Mai 1988 an der Spitze des Staates. Er verfügt dank der Verfassung über nicht geringe Vollmachten und kann nicht zum Rücktritt gezwungen werden. Daß er heute nicht mehr gewählt würde, ist ebenso belanglos wie das Ergebnis zahlreicher Meinungsbefragungen, wonach nur noch rund ein Drittel der Franzosen mit seiner Politik einverstanden ist. Bis zum Wahltermin ist es seine Taktik, ohne direkte Einmischung in den Wettstreit der Parteien den Sozialisten den Rücken zu stärken, damit sie möglichst gut abschneiden. Nach der Wahl wird er es nicht ablehnen, mit einer anderen Mehrheit zusammenzuarbeiten. Am leichtesten

würde es ihm fallen, wenn die Sozialisten stark genug blieben, um wieder die führende Regierungspartei zu werden. Er besäße auch noch einen gewissen Spielraum, wenn sich zwar die Opposition klar durchsetzt, aber ohne die Nationale Front nicht die absolute Mehrheit erreicht. Er stünde dagegen einer für ihn kritischen Situation gegenüber, wenn die beiden großen Oppositionsparteien ein unbestreitbares Übergewicht erhielten und auf Grund der Verfassung die Politik des Landes bestimmen könnten.

Bisher hatten sich in der V. Republik die den Präsidenten tragenden Parteien seinem Willen unterworfen und ihm infolgedessen eine sehr extensive Interpretation der Verfassung ermöglicht. Dies wäre dann nicht mehr der Fall. Der Präsident ernennt und entläßt zwar nach eigenem Ermessen den Premierminister, aber nach einem unzweideutigen Verfassungsparagraphen bestimmt die Regierung in Verbindung mit dem Parlament die Politik des Landes. Es gibt keine dem Präsidenten vorbehaltene Zone, wie z. B. Außenpolitik und Verteidigung. Allerdings benötigt die Regierung zur Verabschiedung aller wichtigen Maßnahmen die *Zustimmung des Präsidenten*.

Das französische System stimmt weder mit dem amerikanischen noch mit dem bundesdeutschen überein. Bei der Ausarbeitung der Verfassung der V. Republik ging de Gaulle von der Annahme aus, daß die Präsidialmehrheit mit der parlamentarischen Mehrheit übereinstimmt. Er mußte aber auf Forderung der Parteien den Verfassungsparagraphen hinnehmen, der einer auf das Parlament gestützten Regierung die Verantwortung für die Politik des Landes überträgt.

Dieses bereits *labile Gleichgewicht* wurde durch die von den Vätern der Verfassung nicht in Rechnung gestellte Direktwahl des Präsidenten zumindest langfristig gesehen bedenklich gestört, denn es entspricht nicht der Logik, daß ein für sieben Jahre direkt gewählter Präsident seine politischen Entscheidungen einer für fünf Jahre ebenfalls gewählten parlamentarischen Mehrheit unterordnen muß.

Vor diesem *Dilemma* stehen nun Mitterrand und die Oppositionsparteien. Es wäre denkbar, daß der Präsident die bevorstehende Wahl mit einer Vertrauensfrage an die Franzosen verbindet, so wie es de Gaulle 1969 anlässlich eines Referendums getan hatte. Er müßte in diesem Falle sein ganzes Prestige in die Waagschale legen und sich aktiv am Wahlkampf beteiligen, mit der klaren Ankündigung, nach einer etwaigen Desavouierung durch die Wähler zurückzutreten. François Mitterrand hat eindeutig wissen lassen, daß er sich diesem Test nicht unterwerfen will und sich auf das ihm vom Volk für sieben Jahre erteilte Mandat beruft, um weiterhin an der Spitze des Staates zu bleiben. Er nimmt demnach eine Zusammenarbeit mit der jetzigen Opposition im Bewußtsein in Kauf, sich weitgehend ihrem Willen unterwerfen zu müssen, ohne sich jedoch, wie er offen erklärt, mit einer passiven Rolle zu begnügen. Ein Kompromiß soll ihm

gestatten, einige sozialistische Grundsätze weiterhin durchzusetzen.

Die *Opposition* glaubt zwar nicht an die Möglichkeit einer dauerhaften und einigermaßen friedlichen Koexistenz mit dem sozialistischen Präsidenten – man spricht in Frankreich von *Kohabitation*, vom Zusammenleben im gleichen Haus –, hält es aber nicht für möglich, jede Zusammenarbeit mit Mitterrand abzulehnen, das politische System zu blockieren und durch diesen Kraftakt den Rücktritt des Präsidenten zu erzwingen. Wenn ihr die Wähler die absolute Mehrheit geben, dann zu einer schnellen Verwirklichung ihres Programms und hiermit zur Ablösung des sozialistischen Regimes durch ein liberales. In der Verweigerung der Koexistenz würden sie die sozialistische Wahlparole „Wir oder das Chaos“ mindestens teilweise rechtfertigen. Sie will allerdings bestimmen, wer den Premierministerposten erhält, und für das Regierungsprogramm jeden Kompromiß ablehnen.

Dauer und Erfolg dieses Experiments hängen von der Geschmeidigkeit und der taktischen Manövrierfähigkeit Mitterrands ab. Ohne Zweifel müßte er in Richtung der Kapitulation und der Verleugnung seiner sozialistischen Partei sehr weit gehen. Als Tarnung oder Alibi mag er sich des in großen Zügen vorhandenen außen- und verteidigungspolitischen Konsensus bedienen. Allerdings besitzt er vielerlei Möglichkeiten, um die Regierungstätigkeit erheblich zu stören. Für die Absetzung und Ernennung hoher Beamter bedarf es seiner Zustimmung. Er besitzt auch das Recht, für ihm unliebsame Gesetze eine *erneute Parlamentsberatung* zu fordern. Es mangelt demnach nicht an Sprengstoff, noch für beide Seiten an Anlässen für die entscheidende Kraftprobe. Frankreich droht infolgedessen eine Periode der Unstabilität, die während einer Frist von zwei Jahren untragbar wäre.

Das Potential der Linken

Mit welchen Kräfteverhältnissen darf inzwischen in der politischen Landschaft gerechnet werden? In der stark gespaltenen Linken stehen die Kommunisten in offener und bissiger Opposition zu den Sozialisten. Die durch die sozialistische Regierungspolitik Enttäuschten sind das einzige Wählerreservoir, in dem sie schöpfen können, um ihren jetzigen Tiefstand zu überwinden. Bis 1981 waren ein Viertel bis ein Drittel ihrer Anhänger ins sozialistische Lager übergegangen. Ihre weiteren Stimmenverluste in der Europawahl und in verschiedenen lokalen Wahlen erklärten sich durch die Unzufriedenheit über verschiedene Regierungsmaßnahmen, wofür auch die Kommunisten bis Mitte 1984 verantwortlich gewesen waren. Seitdem vermochten sie ihren recht niedrigen Stimmenanteil in lokalen Wahlen ungefähr zu behaupten. Ein guter Teil der enttäuschten Anhänger der Linken blieb zunächst zu Hause. Ihn wollen die Kommunisten für sich mobilisieren, indem sie zu ihrem alten revolutionären Kurs zurückkehren und die Sozialisten in den gleichen Topf werfen wie die Rechtsparteien. Beide

sind für sie treue Diener des Kapitalismus. Vorläufig erscheinen die Erfolgsaussichten dieser Taktik gering. Die Partei stagniert in den Meinungsbefragungen und auch in den lokalen Wahlen bei 10–12% der Stimmen. Der von ihnen für den Wahlkampf angekündigte Aufwand gibt ihnen vielleicht einen gewissen Auftrieb. In Anbetracht ihrer borniert doktrinären Haltung und ihrer Ausrichtung auf Moskau dürften sie es jedoch nicht sehr weit bringen.

Der mutmaßliche sozialistische Stimmenanteil schwankt zwischen 22 und 25%. Nur ein fühlbarer politischer Stimmungsumschwung würde der Partei gestatten, die angestrebten 30% zu erreichen. Die Sozialisten tragen die ganze Last einer mit Recht oder Unrecht in verschiedenen Bereichen unpopulären Regierungspolitik. 1981 erhielten sie die Unterstützung eines nicht kleinen Teils der freien Berufe, der Handwerker und der Kleinhändler. Mehrheitlich sind diese vorübergehenden Anhänger wieder in ihre alte politische Heimat zurückgekehrt. Besonders schwerwiegend ist der *Verlust einiger Multiplikatoren*, wie Ärzte, Rechtsanwälte und auch Offiziere. Es ist schwer zu sagen, wieweit die *linkskatholisch engagierten Wähler*, die sich hinter Mitterrand gestellt hatten, in das entgegengesetzte Lager abgewandert sind. Die Massenbewegung zur Verteidigung der religiösen Schulen, die Mitterrand 1984 zum Verzicht auf die geplante Verstaatlichung zwang, ging weit über den kirchlichen Rahmen hinaus, wenn sich auch die Bischöfe, mit besonders starkem Einsatz des Pariser Kardinals *Lustiger*, an ihre Spitze gestellt hatten. Die mobilisierten Eltern wollten in erster Linie ihre Entscheidungsfreiheit für die Erziehung ihrer Kinder bewahren. Das religiöse Element war wahrscheinlich nur für eine Minderheit maßgebend. Die politisch engagierte linkskatholische Gruppe lehnte ein einheitliches staatlich gelenktes Schulsystem keineswegs ab. Bemerkenswert ist jedenfalls, daß in den letzten Jahren die katholische Kirche mit Stellungnahmen, die als parteipolitisch betrachtet werden könnten, sehr vorsichtig geworden ist. Vor 1981 hatten wiederholt einige Bischöfe und der geistlichen Autorität der Kirche unterstehende Organisationen öffentlich sozialistische und sogar marxistische Thesen verteidigt. Derartige Stimmen gibt es nicht mehr. Dessenungeachtet blieben die Bischöfe um einen normalen Kontakt mit der sozialistischen Regierung bemüht. Kardinal Lustiger führte wiederholt Gespräche mit Mitterrand. Die katholische Hierarchie lehnt jedoch jede Bindung an irgendeine Partei entschieden ab.

Eine negative Rolle spielt die Entmutigung der militanten Mitglieder, die mit der von Mitterrand schon im voraus hingenommenen Koexistenz mit der jetzigen Opposition nicht zurechtkommen und die Partei außerdem infolge ihrer internen Rivalitäten als führungsloses Schiff betrachten. Noch in der Europawahl waren die Sozialisten außerdem eng mit den linken Radikalsozialisten verbunden. Jene werden in einigen Wahlkreisen eigene Listen aufstellen und damit die Sozialisten schwächen. Die Linke büßt ferner bei der Verteilung der Parlaments-

mandate die ihren extremen Flügelparteien zukommenden 2 bis 3% der Stimmen ein; ebenso wie die der mehrheitlich in ihrem Lager rekrutierten Umweltverteidiger. Von den 40 bis 42% der Stimmen, die die Meinungsbefragungen der gesamten Linken versprechen, dürften sich lediglich 35 bis 37% in Mandate umsetzen lassen. Den Sozialisten verbleibt natürlich die Hoffnung, einen Prozentsatz Unentschlossener zurückzugewinnen. Sie müssen aber auch die Wirkung der kommunistischen Propaganda in Rechnung stellen.

Der rechtsextreme Störfaktor

Die *Nationale Front Le Pens* ist für die parlamentarische Opposition der größte Unsicherheitsfaktor. Nach den bisherigen Prognosen bringt es diese Partei mit einem Stimmenanteil von 8–9% nur auf 30–35 Mandate. Dadurch würde die absolute Mehrheit der beiden großen Oppositionsparteien voraussichtlich nicht gefährdet. Eine unangenehme Überraschung ist jedoch keineswegs ausgeschlossen. Gegen Le Pen spricht der gesunde Menschenverstand, der in entscheidenden Augenblicken schon wiederholt das Verhalten der Franzosen bestimmte. Die extremen Kräfte waren fast immer nur zeitlich begrenzte Strohfeuer. Es besteht ein Unterschied zwischen einer Parlamentswahl, die in einem schwierigen Augenblick die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Weichen für die kommenden Jahre stellt, und Wahlen für das Europaparlament oder für lokale Körperschaften, die keine unmittelbaren nationalen Auswirkungen besitzen und als Ventile der Unzufriedenheit zu dienen vermögen. Die parlamentarische Opposition ist außerdem durch die zunehmende radikale Haltung Le Pens gezwungen, den Wahlkampf nicht nur gegen die Sozialisten, sondern auch gegen die Nationale Front zu führen. Erleichtert wird ihr dies durch die undurchsichtige, um nicht zu sagen, abstoßende Persönlichkeit des rechtsextremen Politikers sowie durch Spannungen in seinem Lager. Ein Teil seiner Mitstreiter hat ihn verlassen und stellt eigene Listen auf.

In die Waagschale fallen nicht zuletzt *klare individuelle Stellungnahmen zahlreicher Bischöfe* gegen die extremistischen Vorstellungen Le Pens sowie die vorbehaltlose Verurteilung des Rassismus durch die Bischofskonferenz, die sich hiermit unmißverständlich gegenüber der Nationalen Front distanzierte. Zu ihren Gunsten sprach sich allerdings der integristische Erzbischof Lefèbvre aus. Dessen unüberlegte Erklärung fand jedoch kaum ein Echo und wurde zudem von verschiedenen Bischöfen öffentlich zurückgewiesen.

Le Pen besitzt aber einige Trümpfe. Er ist ein ungewöhnlich geschickter Demagoge, der in öffentlichen Versammlungen mit allen Registern zu spielen vermag und es erschreckend gut versteht, Lügen als Wahrheiten zu verkaufen. Das große Geschenk des Himmels ist für ihn das Einwandererproblem, das er ohne sachliche Berechtigung eng mit dem Sicherheitsbedürfnis der Franzosen

verbindet. Er beutet die objektiv gegebenen Schwierigkeiten des Zusammenlebens mit den Nordafrikanern rücksichtslos bis zur Grenze des Rassismus aus. Es ist schwer vorauszusagen, welches Echo er schließlich finden wird. Einige Zwischenfälle kurz vor der Wahl könnten ihm zugute kommen.

Das *Zünglein an der Waage* dürften die Kleinhändler und Handwerker bilden. Sie betrachten sich leicht als Opfer der technischen Entwicklung und der Modernisierung des französischen Wirtschaftsapparates. Daher könnten sie der Versuchung unterliegen, sich Le Pen als Prellbock gegen den Fortschritt zu bedienen. Man darf hoffen, daß sich die Plus- und Minuspunkte zumindest aufwiegen und infolgedessen Le Pen nicht über die in Aussicht genommenen 8–9% hinauskommt.

Die Oppositionsparteien UDF und RPR ziehen als recht geschlossene Front in den Wahlkampf. In über der Hälfte der Départements treten sie mit Einheitslisten auf. Verschiedene kleinere Gruppen spielen zwar mit dem Gedanken, außerhalb der Parteien eigene Listen in einem Teil der Wahlkreise aufzustellen, ihre Erfolgsaussichten sind jedoch gering, zumal sie vor der 5%-Hürde stehen.

Die immer wieder herausgestellten Führungskämpfe im Lager der Opposition sind für den Wahlkampf und seinen Ausgang belanglos. Priorität besitzt die Ablösung der sozialistischen Regierung durch eine neue und solide Mehrheit. Die *Personenfragen* werden erst danach wieder auf die Tagesordnung kommen. Wenn der RPR-Präsident *Jacques Chirac* das politische Wagnis eingehen will, mit Mitterrand als Premierminister – sei es auch nur konfliktuell – zusammenzuarbeiten, wird ihn niemand daran hindern. *Giscard d'Estaing* begnügt sich mit einem angesehenen Ministerposten, Auswärtige Beziehungen oder Justiz. *Raymond Barre* wartet auf die Präsidentenwahl.

Widerspruchsvolle sozialistische Tendenzen

Wie steht es um die *Programme* und die *Tendenzen* in den einzelnen politischen Lagern? Über die Kommunisten ist wenig zu sagen. Sie bleiben ihrer dogmatischen Tradition und ihrem autoritären Führungsprinzip treu. Den Sozialisten fällt es dagegen nicht leicht, ihre politischen Vorstellungen und einige persönliche Ambitionen auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Ihr erster Programmentwurf füllte über achtzig Seiten. Er wurde offensichtlich nach dem Spruch ausgearbeitet: „Wer vieles bringt, hat jedem etwas zu bieten.“ Seine Kürzung auf 15 Seiten war mühevoll. Es entstand ein nicht gerade überzeugender Katalog von Glaubensbekenntnissen, realistisch analysierten Zwängen und einigen hoffnungsvollen Zielen. Die Partei befindet sich in einer widerspruchsvoll verwirrenden Lage. Sie muß sich hinter Mitterrand stellen, obwohl sie von ihm aller Wahrscheinlichkeit nach im Stich gelassen wird, weil sich der Präsident nur in Zusammenarbeit mit der jetzigen Opposition zu behaupten vermag. Ihre Verpflichtung gegenüber

Mitterrand zwingt sie zur uneingeschränkten Billigung und Verteidigung der Regierungspolitik, die in ihren eigenen Reihen kaum noch von jemandem als sozialistisch betrachtet wird. Sie leidet schließlich unter persönlichen *Rivalitäten*. Premierminister *Laurent Fabius* und der ehemalige Landwirtschaftsminister *Michel Rocard* peilen als Kandidaten der Linken den Präsidentenposten an. In der Kulisse sind sie eifrig um den Aufbau einer ausreichenden Hausmacht bemüht.

Mit seinem Drang an die Parteispitze stößt Fabius auf den Widerstand des Generalsekretärs *Jospin*, der vorläufig keinen Präsidentschaftsehrgreiz besitzt, aber die Parteiführung fest in der Hand behalten möchte. Im Hintergrund befinden sich der zu jeder opportunistischen Kehrtwendung bereite Erziehungsminister *Chevènement*, der sich als erfolgversprechender Nachfolger Mitterrands betrachtet, und der ehemalige Premierminister *Mauroy*, der gewisse ideologische Konturen besitzt und sich zunehmend als Führer des linken Flügels herauskristallisiert. Er glaubt unverändert an die Notwendigkeit der Linksunion mit den Kommunisten, wobei er etwas anachronistisch auf die sozialistischen Vorstellungen der Jahrhundertwende zurückgreift. Die anderen Protagonisten befinden sich dagegen – soweit eine derartige Klassifizierung noch sinnvoll ist – auf dem rechten Flügel der bisher von den französischen Sozialisten zurückgewiesenen europäischen Sozialdemokratie.

Für *Mauroy* gibt es kein sozialistisches Identitätsproblem. Für die anderen ist es eine wichtige und nicht einfache Aufgabe, eine sozialistische Fassade zu bewahren, um klar herauszustellen, wodurch sie sich von der Opposition unterscheiden. In den letzten zwei Jahren hat sich die *französische Wirtschafts- und Finanzpolitik* weitgehend den liberalen Normen der Europäischen Gemeinschaft angepaßt. Die Opposition hat hierfür nur wenige Veränderungen anzubieten. Blieben die Sozialisten an der Macht, würden sie wohl in Richtung der Marktwirtschaft und der liberalen Ordnung weitere Schritte unternehmen, wie zum Beispiel Preisfreiheit, Beseitigung der Devisenkontrolle, weniger staatliche Interventionen usw. Gestützt auf das Vertrauen der Wirtschaft, besitzt nach einem Sieg die Opposition lediglich größere Bewegungsfreiheit und vermag daher bei geringerem Risiko einen schnelleren Rhythmus einzuschlagen. Die Trennungslinie ziehen die Sozialisten in der Sozialpolitik.

Sie haben zwar auf die Priorität des sozialen Fortschritts gegenüber dem wirtschaftlichen Wachstum verzichtet, wollen aber für die sich aus der internationalen Konkurrenz ergebenden wirtschaftlichen Zwänge einen angemessenen sozialen Ausgleich schaffen. *Rocard* erfand so das soziale Lebensminimum, das allen Opfern des Schicksals gesichert werden soll, falls es für sie keine anderen Unterstützungsquellen gibt. Die Sozialisten sehen sich ferner als Bannerträger des Humanismus. Daher setzen sie sich für die Einwanderer ein, für eine menschenwürdige Strafjustiz und für die Verteidigung der Menschenrechte in der weiten Welt.

Opposition ohne ideologische Einheit

Die politisch etwas bunte Zusammensetzung der Opposition erleichtert den Sozialisten die Taktik. Natürlich legt die Opposition ein gemeinsames Wahl- und Regierungsprogramm vor. Es ist aber ebenso vorsichtig und interpretationsfähig abgefaßt wie das sozialistische. Weitgehende Übereinstimmung besteht für einige wirtschaftliche und soziale Sofortmaßnahmen: Abschaffung der Preis- und Devisenkontrolle, Verringerung der Staatsausgaben und des Haushaltsdefizits, Auflockerung des Entlassungsschutzes und schrittweise Reprivatisierung der verstaatlichten Unternehmen. Um die Wirtschaft durch eine starke Belebung der Investitionen anzukurbeln, bedarf es nach allgemeiner Überzeugung eines liberalen Schocks.

Die Oppositionsparteien sind aber nicht frei von inneren Gegensätzen. Die *Gaullisten* bilden zwar organisatorisch eine geschlossene Bewegung, in ihren Reihen gibt es aber einen linken Flügel, der politisch zur Mitte hinneigt, und stark konservative Elemente, die in einigen Punkten der extremen Rechten nicht allzu fern stehen. Die Partei ist zudem verpflichtet, den Wahlkampf mit Argumenten zu führen, die einen nicht geringen Prozentsatz der Franzosen davon abhalten sollen, sich bei der Wahl hinter Le Pen zu stellen.

Die *UDF* ist ein Sammelbecken mit drei autonomen Parteien: 1. Die kleine Gruppe der Radikalsozialisten, die immer noch an die Möglichkeit der Wiederauferstehung einer verhältnismäßig gewichtigen Partei der linken Mitte mit den linken Radikalsozialisten, einigen sozialistischen Splittergruppen und den gemäßigten Elementen der Grünen glaubt. 2. Das Demokratisch-Soziale Zentrum CDS, das im Europaparlament der Fraktion der christdemokratischen Europäischen Volkspartei angehört. Seine soziale Doktrin ist von den jetzigen sozialistischen Vorstellungen nicht weit entfernt. Der Sozialismus als Doktrin wird jedoch abgelehnt. 3. Die Republikanische Partei, die als Hausmacht *Giscard d'Estaings* entstand, innerhalb der *UDF* das größte Gewicht besitzt, sich von dem gaullistischen Partner *RPR* in der Zielsetzung kaum unterscheidet und sich ebenfalls um eine Synthese zwischen den liberalen und reaktionär-konservativen Elementen bemühen muß.

Abschließend stellt sich die Frage, weshalb die französischen Sozialisten kaum noch eine Aussicht besitzen, nach der nächsten Parlamentswahl eine Beteiligung an der Regierungsverantwortung zu fordern und weshalb dem aus ihren Reihen hervorgegangenen Präsidenten in den Meinungsbefragungen der letzten Monate lediglich etwas über ein Drittel der Franzosen ihr Vertrauen aussprechen. Die Bilanz der ersten Linksregierung seit 1958 und des ersten dauerhaften sozialistischen Experiments in der französischen Geschichte weist nicht unbeachtliche Aktivposten auf.

Die *Außenpolitik* bietet wenig Anlaß zu sachlicher Kritik. Es gab zwar einige Fehlleistungen: leichtfertige und illusionsbehaftete Vereinbarungen mit dem unberechenbaren

libyschen Präsidenten *Gaddafi*, die rein ideologisch bedingte und den nationalen Interessen zuwiderlaufende Unterstützung Nicaraguas und anderer revolutionärer Kräfte oder die nicht immer glückliche und meistens demonstrative Verquickung der Diplomatie mit einer zu einseitigen Verteidigung der Menschenrechte. Insgesamt blieb jedoch die französische Außenpolitik auf ihrer traditionellen Linie, wobei Mitterrand ebenso wie seine Vorgänger das *internationale Gewicht* seines Landes überschätzte. Frankreichs Rolle in Nahost und in Lateinamerika mußte bescheiden bleiben. In Afrika behauptete es seine Position. Das *Verhältnis zu den USA* verbesserte sich. Besonders intensiv bemühte sich der Präsident um die Beschleunigung des europäischen Einigungsprozesses. Er gab auch weniger zögernd als Giscard d'Estaing der Verteidigungspolitik in Verbindung mit dem deutschen Partner eine europäische Dimension. Die zielbewußt in die Wege geleitete Modernisierung und Humanisierung der Justiz entsprach ebenfalls den Erfordernissen des Landes und muß wohl auch fortgeführt werden.

Die Gründe eines Fehlschlags

Nach einem unbestrittenen kostspieligen Fehlstart 1981 wurde die Wirtschafts- und Sozialpolitik ab Herbst 1982 schrittweise in vernünftige Bahnen zurückgeführt. Die sozialistische Regierung befreite sich allerdings nicht im erforderlichen Maße von einigen ideologischen Vorurteilen und Hypothesen. Infolgedessen blieb sie häufig auf halbem Wege stehen. Dies gilt sowohl für Dirigismus und Bürokratie wie für Arbeitsmarktregelung und Sozialpolitik. Dadurch verärgerte sie die einen, ohne die anderen ausreichend zu befriedigen. Ihr Vertrauensverlust, der entscheidende Faktor des sozialistischen Niedergangs, erklärt sich jedoch gerade durch die Rückkehr zur wirtschaftlichen Vernunft. Sie wurde nämlich den Verantwortlichen durch den Fehlschlag des sozialistischen Experiments aufgezwungen. Mitterrand weist gerne darauf hin, daß er den überwiegenden Teil seines Wahlprogramms verwirklicht hat, aber dessen sozialistischer Kern brachte Frankreich wirtschaftlich und finanziell an den Rand des Abgrundes. Die liberale Kehrtwendung überzeugte insbesondere die Wechselwähler, die Mitterrand den Sieg gesichert hatten, von der Unmöglichkeit des Sozialismus jeder Prägung. Sie fordern heute einen klaren und endgültigen Bruch mit dem Sozialismus, während sich die gläubig gebliebenen Enttäuschten über die Mißachtung ihres Ideals – um nicht zu sagen über seinen Verrat – in den Schmollwinkel zurückziehen oder aus Trotz ins entgegengesetzte Lager übergehen. Man sollte nicht übersehen, daß rund ein Drittel der Anhänger Le Pens aus der Linken kommen. In der Optik der Wähler entspricht es zudem der elementaren Logik, daß eine liberale Wirtschafts- und Sozialpolitik von liberalen und nicht von sozialistischen Parteien durchgeführt wird. Schließlich ist es den Sozialisten bisher nicht gelungen, sich selbst darüber klar zu werden, wie sie ideologisch verankert bleiben wollen und können.

Verhängnisvolle Irrtümer

Mitterrand zahlt außerdem die Rechnung für eine überwiegend taktisch bedingte Regierungsmethode, die den Erfordernissen des Augenblicks zu Lasten mittel- und langfristiger Erwägungen einen zu breiten Raum einräumte und sich zwangsläufig mit zu zahlreichen Improvisationen, die anschließend zu Rückzügen zwangen, verband. Etwas gröber ausgedrückt: der Präsident manövrierte anstatt zu regieren. Die öffentliche Meinung erwartet von ihren Politikern keine lückenlose Logik und keine strenge Folgerichtigkeit; aber doch eine einigermaßen gerade Linie frei von sprunghafter Agitation.

Am erstaunlichsten für eine sozialistische Regierung, und im Bewußtsein der Wähler vielleicht am verhängnisvollsten, ist die *mangelhafte soziale Empfindsamkeit*. Teilweise erklärt sie sich dadurch, daß überzeugte Sozialisten viel weniger befürchten, sich ungenügend sozial zu verhalten, als liberale oder konservative Politiker, die ihr soziales Gewissen immer wieder beweisen müssen. Es übersteigt aber doch das Maß des Zulässigen, wenn ein sozialistischer Finanzminister eine Sonderabgabe auf die mittleren und höheren Einkommen herabsetzt und offensichtlich vergißt, daß sieben Millionen Haushalte nicht einkommenssteuerpflichtig sind, jedoch durch die gleichzeitig erfolgte Heraufsetzung der Telefongebühren und der Benzinsteuern zusätzlich belastet werden. Von einigen kleinen Ausnahmen abgesehen, begünstigt die von Mitterrand beschlossene Verringerung der Abschöpfungen durch Steuern und Sozialabgaben ausschließlich diejenigen Einkommensgruppen, die zur Stabilisierung der Staatsfinanzen weiterhin ein Opfer hätten bringen können. Die Sanierung der Sozialversicherung erfolgte ebenfalls überwiegend zu Lasten der niedrigen Einkommensgruppen. Wer 10 000 F im Monat verdient, verkraftet die Kürzung des Rückvergütungssatzes für ein Heilmittel

von 70 auf 40% leichter als ein anderer mit der Hälfte dieses Einkommens. Es übersteigt fast das Fassungsvermögen, daß Mitterrand öffentlich und entrüstet den Vorschlag der Opposition zurückwies, etwa nach dem deutschen Modell die höheren Einkommensgruppen von der Sozialversicherung in die Privatversicherung überzuführen. Es ist ein offenes Geheimnis, daß im Durchschnitt die Beanspruchung der Sozialversicherung mit dem Einkommen der Nutznießer steigt. Ausschlaggebend war für Mitterrand das für französische Sozialisten heilige Gleichheitsprinzip.

Die mangelhafte soziale Empfindsamkeit führte auch wiederholt zu falschen Analysen der öffentlichen Meinung. Mit Blindheit geschlagen, übersahen die Sozialisten bei Übernahme der Macht die erfolgte Umwandlung des größten Teils der französischen Arbeiter in Kleinbürger, die gewissen traditionellen Ideen der französischen Linken nicht mehr zugänglich sind. Sie berücksichtigten ferner nicht genügend die tiefe Abneigung des überwiegenden Teils der Bevölkerung gegenüber Bürokratie und staatlichen Einmischungen in die persönliche Sphäre. Infolgedessen stießen sie selbst ihre Wähler mit verschiedenen Projekten vor den Kopf, indem sie z. B. beabsichtigten, den Sport staatlich zu organisieren, den Krankenhausärzten bürokratische Zwangsjacken aufzuerlegen, den Pluralismus im Schulwesen zu beseitigen oder die kleinen Handwerker und Einzelhändler der verschärften Kontrolle der Arbeitsinspektoren und der Steuerbeamten zu unterwerfen. Sie hielten es auch für notwendig, sich von natürlich gutbürgerlichen und wohlhabenden Medienexperten für ihre Auftritte im Fernsehen und sogar für ihre Reden beraten zu lassen. So überraschend es klingen mag, Frankreichs Sozialisten haben den Kontakt mit dem Volk verloren. Wie sollten sie dann nach der zweiten Phase eines nicht mehr sozialistischen Experiments einer Wahlniederlage entgehen? *Alfred Frisch*

Kirchenleitung auf evangelisch

Ein Gespräch mit dem badischen Landesbischof Klaus Engelhardt

Ohne Rückbindung an die gelebte kirchliche Wirklichkeit muß das ökumenische Gespräch über das Amt letztlich abstrakt und steril bleiben. Deshalb sind wir im Gespräch mit Landesbischof Klaus Engelhardt einmal der Frage nachgegangen, was Kirchenleitung in einer evangelischen Landeskirche konkret bedeutet und welche Erfahrungen ein evangelischer Bischof in seinem Amt macht. Klaus Engelhardt ist seit Ende 1980 Landesbischof der Evangelischen Landeskirche in Baden; er gehört dem Rat der EKD und dem Präsidium des Deutschen Evangelischen Kirchentags an. Die Fragen stellte Ulrich Ruh.

HK: Herr Landesbischof, bei Ihrem Amtsbruder Eduard Lohse habe ich den Satz gefunden, ein Bischof in der evangelischen Kirche sei immer noch eine „seltene und fast seltsame Erscheinung“. Würden Sie sich diese Aussage des früheren EKD-Ratsvorsitzenden zu eigen machen?

Engelhardt: Mit dem von Ihnen zitierten Satz kann natürlich Verschiedenes gemeint sein. Vielleicht spielt er darauf an, daß es seit der Kirchwerdung des Protestantismus in Deutschland in der Reformationszeit in der